

# Volks-Zeitung

Verantwortlicher: Otto Rühle, Berlin-Charlottenburg

## Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend, Preise wenig verändert.	Spinaat 1100-1200 M., Zwiebeln 900
Blumenkohl 1500-2000 M. d. Kopf,	bis 3000 M. d. Pfd., Radischen 150
Kohlrabi 400-500 M. das Pfund,	bis 200 M. d. Bund, Salat 300 bis
Mohrrüben 400-500 M. das Pfund,	500 M. d. Kopf, Kartoffeln, alle
Kartoffeln, Junge, 1600-1800 M. die	100-115 M., neue, ital. 1700-2100 M.
Mandel, Kohlrüben 110-200 M.	

Strassenbahn 600, Umsteig. 900  
Hochb. 11. 350, 450, III. 250, 350  
Stadtbahn .... II. 800, III. 400  
Omnibus Teil 600, ganze Str. 800  
Iroschke Kr. x 7500, Pl. x 1000  
Teleph. 22800, Gespr. 30, Aut. 60

Post-Ort 20, Fern u. Ostl. 40, Ausl.  
160, Telegraph. u. Ungarn 140  
Brief Ort 40, Fern u. Ostl. 100  
Ausl. 300, Teleph. u. Ung. 240  
Telegr. 80 d. W. Grundgeb. 160  
n. Ausland je nach Währung

## Dollar: 98750

Der in Oberösterreich tätige kommunistische Marschall ist wegen Hochverrats verhaftet worden.

Der Generalrat des Kaiserlich Konstantinopel beschloß die Aufhebung des französischen Interesses in den türkischen Schulen.

In Bresthau traf eine Delegation des Internationalen Bergarbeiterverbandes ein.

Nach einer Mitteilung aus Schanghai sind alle von dem chinesischen Kabinett bei dem Überfall auf einen Eisenbahnzug gemachten Gefangenens freigelassen worden.

## Der Umsturz in Bulgarien

Die Isolierung der neuen Regierung

Paris, 13. Juni. (E. E.)

Die hiesige bulgarische Gesandtschaft teilt der Presse mit, daß der bulgarische Vertreter in Prag, Raito Dasalaw, der früher dem Kabinett Stamboullist angehört und der aus Bulgarien Nachrichten erhielt, die auswärtigen Gesandtschaften darauf aufmerksam macht, die Verordnungen der neuen revolutionären Regierung in Sofia seien nicht durchzuführen, weil die Macht der neuen Regierung nicht über die Hauptstadt hinausreiche, da sie nur von einer sehr kleinen Minorität unterstützt werde. Die ungeschickliche Regierung werde von der Bevölkerung nicht anerkannt. Sofia sei von dem übrigen Lande isoliert. Hunderttausende Freiwilliger bewachen die Grenzen des Landes und die Umgebung Sofias. Sie seien bereit, die Wurzeln zu betreten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Ein Schwager des gestürzten bulgarischen Ministerpräsidenten Dasalaw, der bei der bulgarischen Gesandtschaft in Konstantinopel tätig ist, wurde gestern abend von einer Schar von Bulgaren unter Führung des Generals Samow aus der Gesandtschaft hinausgeworfen.

Sofia, 12. Juni. (M. T. Z.)

Am Schluß des Ministerrats erklärte der Außenminister Rasoff Journalisten, daß nach den letzten Meldungen im ganzen Land völlige Ruhe herrsche. Einige vereinzelte Widerstandsversuche von Anhängern Stamboullinis seien leicht gebrochen worden. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen seien wieder hergestellt.

## Englisch-russische Entspannung

Der Wortlaut der russischen Note

London, 13. Juni. (E. E.)

In hiesigen politischen Kreisen wird allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Note, die Krasin gestern dem Foreign Office überreichte und die sich auf den Streit mit England wegen der Propaganda in Lizen bezieht, der englischen Regierung völlige Genugtuung gebe, da das Kabinett von Moskau in wesentlichen Punkten nachgab. Man glaubt zu wissen, daß Lord Curzon sofort antwortete worden und daß damit der ganze Konflikt geregelt sein werde.

Moskau, 12. Juni. (O. E.)

Der Text der russischen Antwortnote auf das letzte englische Memorandum ist heute veröffentlicht worden. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, eine Entschädigung in Sachen Davinson und Harding in der von England geforderten Höhe zu zahlen. Zur Frage der Orientpropaganda wird erklärt, die Sowjetregierung sei bereit, den englischen Entwurf einer von Russland abgedruckten Deklaration über die Nichtteilnahme zur Grundfrage gemeinsamer Vereinbarungen in der Propagandafrage zu machen. Doch müsse auch England unzweideutig auf jede Unterdrückung antikomunistischer Angriffspläne verzichten. Die einseitige Forderung Englands nach Abberufung der Sowjetvertreter in Berlin und Afghanistan ohne gemeinsame Prüfung der Angelegenheit zeuge von mangelndem Entgegenkommen Englands gegenüber Russland; doch lie die Sowjetregierung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit bereit, daß von beiden Staaten für schuldig befundene offizielle Amtspersonen abberufen werden zu maßregeln seien. Wollte man dagegen die einseitige Forderung Englands nach Anerkennung des Grundprinzips der Entschädigung für britische Staatsbürger als Bedingung des Fortbestandes des englisch-russischen Handelsvertrages, nachdem in vier Punkten infolge der Zuständnisse Sowjetrusslands keine Hindernisse für die Einigung mehr vorhanden seien, erblicke die Sowjetregierung für die beiden letzten Punkte in Verhandlungen den einzigen Ausweg, um einen Abbruch der Handelsbeziehungen zu vermeiden, der ein politisches Unglück von internationaler Bedeutung sein würde. Die Anwesenheit Krasins in London könne keine Verhandlungen nicht erleiden, da die britische Regierung die Methode einseitiger ultimativer Forderungen befolge. Die Sowjetregierung hoffe zuversichtlich, daß die britische Regierung die nötigen Schritte tun werde, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und England nicht nur zu sichern, sondern auch weiter zu entwickeln.

## Englands Zaudertaktik

Zurückhaltung in Paris - Die dementierte Havasmeldung - Die „unsichtbare Befehle“  
Neuer Kabinettsrats in London

Paris, 13. Juni. (M. T. Z.) Die gestrige Havasmeldung, daß bis zum Nachmittag eine Befestigung der von ihr verbreiteten Nachricht, die englische Regierung habe es abgelehnt, in einer gemeinsamen Note die Einstellung des passiven Widerstandes des Reichsland zu verlangen, nicht vorliegt, wurde am späten Abend durch eine weitere Havasmeldung ergänzt, wonach das Foreign Office erklärte, daß am 12. Juni von der französischen und englischen Presse verbreiteten Nachrichten über die Beratungen des englischen Kabinetts betreffend die Reparationsfrage nicht der Wahrheit entsprächen. Das britische Kabinett habe noch keine Entscheidung getroffen.

Paris, 12. Juni. (E. E.)

Das Dementi der englischen Regierung hinsichtlich der Veröffentlichungen, die heute früh sowohl in der englischen als auch von allen Seiten in der französischen Presse auf Grund eines Havas-Telegramms aus London erfolgten, hat in den politischen Kreisen eine große Entspannung hervorgerufen. Die französische Regierung dürfte augenblicklich nicht beschäftigt sein, zu untersuchen, auf welche Quellen die Mitteilung der Havas-Agentur zurückzuführen ist, die heute in der hiesigen Presse veröffentlicht wurde. Man ist hier weiter hoffnungsvoll über den weiteren Verlauf der französisch-belgisch-englischen Verhandlungen, obwohl man bis heute abend noch keine authentische Darstellung der Aufstellung der englischen Regierung vor. Die Geschichte des heute früh veröffentlichten Havas-Telegramms ist umso rätselhafter, als die englische Regierung in einer offiziellen Note mitteilt, daß das Reuters-Bureau über die gestrige Sitzung des englischen Ministerrats weder eine offizielle, noch offizielle Mitteilung des von Havas wiedergegebenen Inhalts veröffentlicht hat. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt das Dementi des Foreign Office folgendermaßen: Es läge nicht im Interesse des englischen Premierministers oder Lord Curzons, den Standpunkt, den die französische Presse gestern darlegte, in Form einer diplomatischen schriftlichen Note an die französische Regierung darzulegen.

London, 13. Juni. (M. T. Z.)

Lord Curzon hat gestern den französischen und den belgischen Botschafter empfangen.

## Baldwin will sich Zeit lassen

Paris, 13. Juni. (E. E.)

Der Londoner „Matin“-Korrespondent meldet, die Bemühungen des englischen Kabinetts gingen dahin, ein Kompromiß zu finden, das geeignet wäre, den französischen und den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage einander zu nähern, um eine einseitige Regelung des ganzen Problems zu finden. Baldwin bemühe sich in der Richtung, die Antwort der Alliierten auf die deutsche Reparationsnote genehmigt werden zu lassen. Da er es nicht sehr eilig habe, wolle er sich Zeit lassen, um eine vorläufige Erklärung zwischen Frankreich und Großbritannien zu vermeiden, zumal dies zum Nachteil der Entente führen könnte. Die Lage werde übrigens nach Ansicht der Regierungskreise kritisch, da die Engländer die deutsche Note als geeignete Grundlage für Verhandlungen ansehen, während die Franzosen diese Aufassung nicht teilen. Man

## „Der Feind steht auch in Berlin...“

Schwere Belastung von Reichswehrangehörigen

In ausführlichen Entschuldigungen kommt heute das sozialdemokratische Zentralorgan auf die Putschisten-Verhaftungen in Magdeburg zurück. Sein Material stammt offenbar von Oberpräsidenten Spring, der als einer der ersten Opfer der Forme ausgerufen war. Das Material zeigt in geradezu erschreckender Weise, wie richtig eilig hatte, als er gegen die Republik mit energischer Hand vorging. Herr Kopsch ist jetzt in Untersuchungshaft, aber aus dieser heraus ist es ihm möglich gewesen, neue Organisationen aufzusehen, und insbesondere hat er die Bearbeitung der Reichswehr thematisch in Angriff genommen. In einem der für diese Zwecke erlassenen Befehle heißt es: „Der Feind steht dicht am Rhein und unweit Münster. Er steht auch in Berlin!“ Über die militärischen Verbindungen Mann, die zum Reichswehrdienst Kopsch gehören, heißt es:

„Im Pionierbataillon ist der Oberführer Seiler für den Reichswehr tätig und im Reichswehregiment 12 der Leutnant Leif von der 11. Kompanie. In Privatpersonen stehen mit dem Reichswehr in Verbindung: Martin (Magdeburg) für die Deutschösterreichische Freiheitspartei, Fabrikant Alfons Reich, Schrottorbfer Straße, Gassenberg, Rühlgewer Straße, Friedrich, Wegmann, der den Vorsitz führte in jener Sitzung, bei welcher die Beschaffung erfolgte.

hoffe aber, aus dieser Endgasse herauszukommen, und das Mittel hierzu bestände in dem Abschluß eines „Gutes Friedens“ im Ruhrgebiet auf folgender Grundlage: Falls die französische Regierung zustimme, den Charakter der Befehle etwas abzuändern, und zwar dahingehend, daß sie zwar aufrechterhalten würde, aber, wie es auch anfänglich geplant war, „in unsichtbarer Weise“, dann würde sich die englische Regierung bei der Reichsregierung dafür einsetzen, daß der passive Widerstand aufhöre und daß die französische Befehle als eine Kontrolle der Alliierten der im Versailles Vertrag vorgesehenen Reparationsbestimmungen hingenommen werde.

## Neuer britischer Kabinettsrat

London, 13. Juni. (M. T. Z.)

Dem politischen Berichterstatter der „Times“ zufolge ist wahrscheinlich, daß eine weitere Sitzung des britischen Kabinetts zur Erwägung des deutschen Reparationsmemorandums heute stattfinden wird. Es werde allgemein angenommen, daß die diplomatischen Erörterungen, die seit Veröffentlichung des deutschen Memorandums im Gange sind, gestern fortgesetzt wurden. Die britische Regierung sei ausdrücklich beauftragt, nichts ungeschickliches zu tun, wodurch die Alliierten in Anspruch genommen werden könnten, eine gemeinsame Antwort auf das letzte deutsche Angebot zu erteilen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege der Bewirtlichung eines solchen Gebotens würden wohl abgesehen. In Regierungskreisen glaube man jedoch, daß die Hindernisse nicht unüberwindlich seien.

## Die unsichtbare Befehle

London, 13. Juni. (E. E.)

Der Gedanke an einen Waffenstillstand im Ruhrgebiet scheint immer noch die leitende Formel zu sein, von der aus das englische Kabinett die Verhandlungen, die in den nächsten Tagen zwischen Frankreich und England bevorzugen zu führen gedenkt. Es ist unzweifelhaft, daß in den Meldungen des gestrigen Morgens über die Beschlüsse des englischen Ministerrats ein Kern von Wahrheit gewesen ist, und daß England in seiner Weise daran denkt, sich einfach der Forderung nach einer Aufgabe des passiven Widerstandes anzuschließen. Man kann aber annehmen, daß es weiterhin die Ansicht der englischen Regierung ist, die französisch-belgische Ruhepolitik in ihrer augenblicklichen Form zu beenden und zu ersetzen, daß als Gegenleistung für ein Aufheben des passiven Widerstandes durch Frankreich eine vollkommenere Veränderung des Charakteres der französisch-belgischen Befehle im Ruhrgebiet erreicht wird. In politischen Kreisen Londons wird in diesem Zusammenhang die Formel von der „unsichtbaren Befehle“ wieder aufgenommen.

Paris, 13. Juni. (E. E.)

Nachdem die nationalistiche Pariser Presse schon seit einigen Tagen an dem Auftreten des englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Hermon, während der augenblicklichen Londoner Beratungen scharfe Kritik geübt hatte, bringt jetzt der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ die geradezu auffällige Nachricht, Lord d'Hermon werde diesmal „entsgültig“ von seinem Posten zurücktreten und nicht mehr nach Berlin zurückkehren.

Von den „nationalen“ Wänden, die ihre Leute durch den R. W. B. R. ausbilden ließen, seien genannt: Der 3. ungarische Orden, der kürzlich erst in den Straßen Magdeburgs zögerte, daß die Arbeit nicht erfolglos war, der 2. Bismarck-Bund, der Schutz von Wälder-Bund und der mehrfach unangenehm aufgefallene Rheinland-Bund. Heute des Jugendlicher Erdens aus Neuhaldensleben haben sich während des Tages in ziemlich auffälliger Weise um Ausbildungspersonal aus dem R. W. B. R. bemüht.

Die Führer des R. W. B. R. in Magdeburg bzw. für das ganze Gebiet sind: Risch, Schneider, Lüber, Rimm, sämtlich von der 2. Kompanie des 3. ungarischen Bataillons.

Bekanntlich hatte in Hamburg die Polizei bereits die Verbindungsnummer in der Reichswehr ausfindig gemacht. Um sich zu sichern, erging darum von der Putschleitung folgender Befehl, der mit „Streng geheim“ gekennzeichnet war:

„An die Gruppenführer!“

Die letzten Ereignisse in Hamburg haben uns gezeigt, daß die Regierung, vor allem jedoch das Z. B. D. K., seine Mittel unternimmt, um die politische Bewegung zu unterdrücken. Der großen Beamtenapparat (Politische Polizei und Spionage) arbeitet mit ungeheuren finanziellen Mitteln und großer Raffinesse. Es ist behalv von Bedeutung für das Fortbestehen unserer Bewegung, diesem Spionagetum mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuarbeiten. Die Gruppenführer werden hierdurch angewiesen, jede Neuaufnahme von Mitgliedern aus dem Bereich zu prüfen und die Ursache, bevor die Aufnahme des Mitgliedes erfolgt, der Zeitung vorzulegen. Die neu gewonnenen Mitglieder werden in eine noch zu bildende „Arbeitsgruppe“